

Erklärungen zur niedersächsischen Landtagsabgeordneten der DKP Christel Wegner

Angebliche und tatsächliche Differenzen zu Freiheit und Sozialismus

(Erklärung des Marxistischen Forums Sachsen)

In der Vorstandssitzung vom 14. März hat der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen mit nur einer Gegenstimme eine Erklärung unter der Überschrift „DIE LINKE. Sachsen ‚Freiheit und Sozialismus‘“ verabschiedet, die die Kampagne gegen Christel Wegner zu einer Kampagne gegen die Programmatik der DKP ausweitet. Während der Partei DIE LINKE. bescheinigt wird, eine Position der untrennbaren „Einheit“ von „Freiheit und Sozialismus“ zu vertreten, unterstellt man der DKP, einer „stalinistischen Interpretation der Machtfrage“ anzuhängen. Mit einer Neuauflage eines neostalinistischen Machtverständnisses haben wir, aber erklärtermaßen auch die DKP, nichts am Hut.

An die Adresse der DKP wird außerdem erklärt: „die Beschwörung von Zusammengehörigkeit und das emotionale Bekenntnis zum hohen Wert der Einheit schaffen real existierende Differenzen und Konflikte nicht aus der Welt.“ Als ein landesweiter Zusammenschluss der Partei Die LINKE., in deren Reihen neben 30 Mitgliedern unserer Partei und etwa 30 parteilosen Linken auch Mitglieder der DKP sind, mit denen wir mehrfach mit Gewinn programmatische Fragen diskutiert haben, können wir solche Differenzen und Konflikte, die uns von der DKP trennen, nicht erkennen.

Erstens werden programmatische Fragen, insbesondere des Sozialismusverständnisses, angesprochen, die durchaus auch in unserer Partei heftig umstritten und noch gar nicht entschieden sind. Die Fronten hinsichtlich real existierender Differenzen und Konflikte verlaufen anders, als sie die Erklärung darstellt.

Während der Landesvorstand der Verabschiedung eines Parteiprogramms vorgreift, indem er Sozialismus sehr abstrakt und unbestimmt (wie einst im Godesberger SPD-Programm) als „gegründet auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ definiert, ist unsere Sozialismusvorstellung eine ganz andere und viel komplexere. Wir halten sehr viel von einer „Freiheit durch Sozialismus“. Und wir sind in diesem Sinne der Auffassung, dass Sozialismus eine alternative nichtkapitalistische, eine demokratische gemeinwirtschaftliche Gesellschaft ist, gegründet auf dem Gemeineigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. So ähnlich steht das übrigens auch im Programm der DKP und das war auch Gründungskonsens der PDS.

Zweitens hat der Landesvorstand die Pflicht, sich mit den tatsächlichen Äußerungen von Christel Wegner vertraut zu machen und nicht das weiter zu verbreiten, was die bürgerlichen Medien durch Hinzufügen, Weglassen und Verdrehen daraus gemacht haben. Nach dem Tonbandprotokoll hat Genossin Wegner ohne Bezug auf die „Stasi“ im Zusammenhang und nach der Äußerung „Jeder Staat versucht ja sozusagen, sich vor Angriffen von außen zu schützen“, gesagt: „Ich denke, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da sogar so ein Organ braucht“. (Zur Bewertung dieser Position siehe den übernächsten Punkt).

Drittens moniert der Landesvorstand die Aussage im Programm der DKP, „die Niederlage des Sozialismus (sei) zugleich das Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“. Es wird negiert, dass die DKP zuvor über drei Seiten hinweg über die „positiven wie die negativen Erfahrungen“ des realen Sozialismus spricht (während der Landesvorstand über die positiven Erfahrungen schweigt). Dabei wird im Zusammenhang mit den Ursachen der Niederlage darauf hingewiesen, dass es zur Verschmelzung von Partei und Staat „zu einem administrativ-bürokratischen Apparat“, zur „Missachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, durch Repression, durch Massenverfolgung

und Verbrechen“ kam und „die gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend erstarrten.“ Es bleibt eine vom Landesvorstand gesehene Differenz zu der Formulierung, dass die Niederlage auch das Ergebnis der inneren und äußeren Konterrevolution war. Wir zumindest sehen das genau so wie die DKP und würden gerne wissen, warum das nicht so sein darf, obwohl das doch sehr wohl zutrifft.

Viertens wird eine weitere programmatische Differenz darin gesehen, dass die DKP im Gegensatz zum Landesvorstand beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft es für nötig halte, „die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern“. Wir sind beim besten Willen nicht in der Lage, uns über diese Formulierung zu empören. Wir wundern uns nur auch angesichts jüngster Erfahrungen über die hier nach den Regeln der Logik definitiv vertretene Position, die Anwendung von Gewalt seitens der Reaktion gegen einen sich entwickelnden Sozialismus und dessen Staat sei in Ordnung. Ist das auch hinsichtlich der terroristischen Gewaltanwendung der Reaktion in Chile gegen die sozialistische Regierung Allende, aufrecht zu erhalten? Soll das ein Ratschlag für Präsident Chávez in Venezuela sein? Warum wird übersehen, dass auch im Kampf gegen die DDR galt, was einst der CIA-Mitarbeiter Harry Rositzke formulierte: „Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinhund verwendeten, Hauptsache, er war Antikommunist.“

Fünftens spricht sich der Landesvorstand „entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus“ aus. Das erstere ist der DKP nicht vorzuwerfen, es sei denn, und das wäre geradezu grotesk, man versteht unter Antisozialdemokratismus auch eine Kritik an neoliberaler Politik, wenn sie von SPD-Politikern betrieben wird. Das letztere, die Zurückweisung des Antikommunismus, ist erfreulich, aber doch schwer zu glauben, da sich die Erklärung in einigen Punkten wie eine (missglückte) Argumentationshilfe für einen Verbotsantrag gegen die DKP vor dem

Bundesverfassungsgericht liest (oder für einen demnächst zu erwartenden Beschluss gegen die Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf der Liste unserer Partei bei Kommunalwahlen?).

Sechstens wissen auch wir, dass man sich bei vorbereiteten Erklärungen oft auf diejenigen verlässt, die sie einbringen. Umso schwerer wiegt die Verantwortung der Genossen Sebastian Scheel und Stefan Hartmann. Da sie ganz offensichtlich das Programm der DKP gelesen haben, sind sie zu fragen, warum sie die Programmatik der DKP verfälschen, um sich dann von ihr distanzieren zu können.

Die Erklärung suggeriert ungerechtfertigterweise das Fehlen der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE LINKE. und der DKP. Auf dieser Grundlage lässt sie dann auch die Solidarität vermissen, die die Genossin Wegner angesichts ihres Eintretens für antikapitalistische, sozialistische Ziele einerseits und des Missbrauchs und der böswilligen Missdeutung ihrer Äußerungen durch die bürgerlichen Medien andererseits verdient hätte. Dies ist bedauerlich, und daher ist diese Erklärung entschieden zurückzuweisen.

Marxistischen Forum Sachsen in und bei der Partei DIE LINKE, Vorstand und weitere Mitglieder:

Ekkehard Lieberam, Siegfried Kretzschmar, Hans-Joachim Siegel, Dieter Götze, Bernd Koenitz, Herbert Münchow, Werner Roß, Horst Schneider, Ingo Wagner

Leipzig, den 10. April 2008

Berliner Erklärung: Schluß mit der Hexenjagd.
Solidarität mit Christel Wegner

Donnerstag, 21. Februar 2008



Die nachstehende Erklärung wurde auf einer Solidaritätsveranstaltung mit Christel Wegner am 20. Februar in Berlin verabschiedet. Sie kann bis zur Konstituierung des niedersächsischen Landtages Ende März im Internet (www.jungewelt.de), auf Listen und in der junge Welt-Ladengalerie (Torstraße 6, 10119 Berlin) unterzeichnen werden. Die Unterschriften werden danach an den Bundesvorstand der Partei Die Linke in Berlin und an den Landesvorstand in Niedersachsen übergeben. Kontakt: aktionsbuero@jungewelt.de Diese E-Mail Adresse ist gegen Spam Bots geschützt, Sie müssen Javascript aktivieren, damit Sie es sehen können .

Berliner Erklärung:

Schluß mit der Hexenjagd. Solidarität mit Christel Wegner

1. In der Sendung des ARD-Magazins »Panorama« vom Donnerstag, den 14. Februar 2008, tritt die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner für eine Vergesellschaftung von Produktionsmitteln ein, außerdem denkt sie darüber nach, daß man in einer anderen Gesellschaftsformation Organe braucht, um sich vor reaktionären Kräften zu schützen.

2. Obwohl die Manipulationen und politischen Absichten der »Panorama«-Sendung und der einschlägigen Berichterstattung über den Vorgang sehr leicht zu durchschauen sind, haben sich viele Vertreter der Partei Die Linke empört gezeigt und von Frau Wegner die Rückgabe ihres Landtagsmandates gefordert, schließlich wurde ihr einstimmig selbst ein Gaststatus innerhalb der Landtagsfraktion der Linken verweigert. Leider fand sich auch unter den Linken in der Linken kaum eine bekannte

Persönlichkeit bereit, sich hinter Frau Wegner zu stellen.

3. Völlig unabhängig davon, wie wir persönlich und im einzelnen die tatsächlichen Aussagen von Frau Wegner beurteilen: Frau Wegner hat nichts gesagt, was dieses unsolidarische Verhalten rechtfertigen würde. Wir sehen in dem Vorgang vielmehr einen massiven und folgenschweren Angriff auf unliebsame politische Positionen. Dieser gilt nicht einfach Frau Wegner oder der DKP, sondern signalisiert allen antikapitalistischen Kräften innerhalb der Linken, daß mit konsequent marxistischen Positionen in dieser Partei weder Politik noch Karriere zu machen ist.

4. Die antikommunistische Hetze im »Panorama«-Beitrag und dessen unkritische Reflexion in den Medien ist nicht einer »Renaissance der DKP« geschuldet, sondern der Angst führender Politiker und Medien, daß aufgrund sich zuspitzender sozialer Widersprüche der Wunsch nach grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung zunehmen wird. Rosa Luxemburg dürfte heute ein mit der Linken erkämpftes Landtagsmandat nicht behalten – wegen ihrer antikapitalistischen Positionen.

5. Wir fordern deshalb die Partei Die Linke auf, Christel Wegner wieder einen Status innerhalb der Landtagsfraktion der Partei Die Linken in Niedersachsen zu geben und die Kampagne gegen Genossinnen und Genossen der DKP einzustellen – falls Die Linke auch weiterhin für sich in Anspruch nehmen will, mehr als nur ein sozialdemokratischer Wahlverein zu sein.

Berlin, den 20. Februar 2008

Videoaufzeichnung der Veranstaltung: [hier](#)

Persönliche Erklärung von Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

Dienstag, 19. Februar 2008, 11.00 Uhr

Die Landtagsfraktion „Die Linke“ in Niedersachsen hat Christel Wegner wegen ihrer Äußerungen in der TV-Sendung Panorama aus ihren Reihen ausgeschlossen.

Nicht das Interview von Christel Wegner ist der Skandal. Skandalös war das zusammengestückelte antikommunistische Produkt von „Panorama“. Skandalös war, dass ihre Äußerungen auf die Versatzstücke „Stasi“ und „Mauer“ reduziert wurden. Denn dass weder Christel Wegner noch die DKP „Stasi“ oder „Mauer“ zurückhaben will, kann man durch einen Blick in das Programm der DKP erkennen.

Für uns ist nur ein Sozialismus vorstellbar, der die breitestmögliche Entwicklung von Demokratie zur Voraussetzung hat. Je mehr Menschen in lebendige demokratische Prozesse einbezogen sind, desto überflüssiger wird jede Form von Gängelung, Repression, Bespitzelung und Bevormundung, die mit sozialistischer Demokratie nicht zu vereinbaren ist.

Nicht zuletzt deshalb bekämpfen wir alle Bestrebungen von Innenminister Schäuble, unser Land zu einem Überwachungsstaat auszubauen, demokratische Rechte zu eliminieren, Grundrechte einzuschränken und Gesinnungsjustiz zu praktizieren.

Aber skandalös ist nicht nur die Berichterstattung von „Panorama“; skandalös sind auch die Reaktionen darauf.

Unabhängig davon, ob die Äußerungen Christel Wegners im Einzelnen richtig waren, zeigte das Folgende, dass es in diesem Land unmöglich sein soll, abweichende Positionen offen zu äußern. Wer Mitglied einer Kommunistischen Partei ist, steht

von vornherein unter Verdacht, ist ein „Betonkopf“, ist „ewiggestrig“. In anderen Ländern Europas wird man den Kopf schütteln über diese „Demokratieauffassung“.

Christel Wegner hat das Interview in guter Absicht gegeben. Sie hat dabei aus unserer Sicht Fehler gemacht. Sie hat sich inzwischen in einem Schreiben an den Landesvorstand der Linkspartei Niedersachsen geäußert und selbstkritisch Stellung bezogen. Von ihr wurde und wird der Rücktritt gefordert. Sie wurde jedoch in einem demokratischen Prozess als Kandidatin aufgestellt und durch den Willen der Wählerinnen und Wähler in den Landtag gewählt. Es gab keine Täuschung der Wähler, denn sie hat nie verheimlicht, dass sie Mitglied der DKP ist. Wir ermutigen sie, das Mandat wahrzunehmen, denn die Kampagne gegen sozialistische und kommunistische Positionen und Personen ist nicht zufällig, sie wurde geplant und entsprechend gesteuert.

Ich erinnere daran, dass die Linkspartei vom Verfassungsschutz der meisten Bundesländer – siehe deren Berichte – genauso bekämpft wird wie die DKP. Ich mache darauf aufmerksam, dass die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung 2006 und 2007 Seminare und Analysen zur Bekämpfung der DKP gemacht durchgeführt hat und der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein seine Aschermittwoch-Show für Auseinandersetzungen mit der DKP nutzte. Bekannt ist, dass die CDU in Hessen drei Wochen vor der Wahl das Verfassungsschutzpamphlet „Das wahre Gesicht der Linkspartei“ mit wahrheitswidrigen Informationen und Verleumdungen über die Partei „Die Linke“ und die DKP veröffentlicht hat.

Am 18. Februar 2008 beschloss die Fraktion „Die Linke“ aufgrund des massiven Drucks der Medien und leider auch aus der Parteispitze Christel Wegner aus der neu gebildeten Fraktion auszuschließen. Die Linke hat sich der Staatsdoktrin Antikommunismus gebeugt, doch ohne sich davon zu befreien, ist ein Politikwechsel nicht zu erreichen. Diese Entscheidung bedeutet für die Fraktion auch einen Verlust an notwendiger

linker Solidarität und Souveränität. Der Fraktion ist zu wünschen, dass sie bei weiteren politischen Entscheidungen mehr politische Eigenständigkeit und mehr Stehvermögen beweist, konsequent für ihr Landtagswahlprogramm mit möglichst vielen Kräften gemeinsam einzutreten.

Aus: UZ, Zeitung der DKP

Persönliche Erklärung von Christel Wegner zur Panoramasendung vom 14.02.08

Liebe GenossInnen, liebe FreundInnen,

zur Klarstellung und vorab in aller Deutlichkeit: ich will nicht, wie es Panorama und die Presse formulieren, "die Stasi zurück". Wer den Bericht in Panorama gesehen hat, hat bemerkt: es gab viele Schnitte.

Meine Aussage im Interview bezog sich nicht auf die Stasi. Ich habe vielmehr gesagt, dass jeder Staat einen Geheimdienst hat und dies natürlich auch für einen sozialistischen Staat gilt. Im Anschluss hieran erfolgte dann die in Panorama gesendete Frequenz zum Thema "Staatssicherheit".

Ich gebe zu, ich bin in dieses Gespräch zu arglos hineingegangen. Dies tut mir leid.

Auch als 60jährige Kommunistin muss man noch lernen. Es ist doch klar, dass es mir nicht darum geht, die Stasi wieder zu beleben, die Mauer neu zu bauen oder den Niedersachsen ihr Eigenheim zu enteignen. Gerade gegenwärtig mit der Werksschließung von Nokia, der Preispolitik der Energiekonzerne wird die Notwendigkeit deutlich, Konzerne

dieser Größenordnung in Gemeineigentum zu überführen.

Natürlich weiß ich, dass nur durch Entwicklung der Demokratie, durch das demokratische Engagement der Mehrheit der Menschen fortschrittliche Entwicklungen erreicht und gesichert werden können. Und im übrigen : die DKP hat schon immer die Auflösung der Geheimdienste gefordert.

Das Ziel der Kampagne ist klar, es soll die Linke treffen, natürlich auch mich als Kommunistin.

Es soll abgelenkt werden von den Skandalen um e.on, Siemens, Nokia und am Donnerstag passend Herrn Zumwinkel.

Die Vereinbarung mit der Partei DIE LINKE. war, dass ich das Landtagswahlprogramm vertrete, daran habe ich mich gehalten und werde es zukünftig tun.

Christel Wegner

Erklärung der Bundesgeschäftsführung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zum Ausschluss Christel Wegners, Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), aus der niedersächsischen Landtagsfraktion „Die Linke“

Antikommunismus: Grundtorheit unserer Epoche!*

Solidarität mit Christel Wegner!

Die Medien von Frankfurter Rundschau bis FAZ und BILD sowie Politiker aller etablierten Parteien können nach wenigen Tagen den ersten Sieg in ihrem antikommunistischen Propagandafeldzug feiern: Die niedersächsische Landtagsfraktion „Die Linke“ schloss Christel Wegner – Mitglied der DKP – aufgrund ihrer Äußerungen in der TV-Sendung „PANORAMA“ aus ihren Reihen aus. Gleichzeitig freuen wir uns über die Entscheidung unserer Genossin, an ihrem Landtagsmandat festzuhalten. Nach über 50 Jahren antikommunistischer Staatsdoktrin wurde es endlich Zeit, dass eine Kommunistin in ein westdeutsches Parlament gewählt wurde.

Christel Wegner wird vorgeworfen, dass sie u.a. die Staatssicherheit der DDR und die „Mauer“ zurückhaben wolle.

Wir stellen fest: Diese Positionen hat Christel Wegner nicht vertreten.

In dieser Kampagne gegen Christel Wegner geht es um vieles – sicherlich nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der DDR. Im Kern geht es darum, die Linkspartei und ihre Bündnispartner mit der Keule des Antikommunismus zu spalten und zu schwächen. Anders scheinen die politischen Eliten in diesem Land den Sprung der Linkspartei in weitere westdeutsche Landtage nicht mehr aufhalten zu können. Leider erlagen auch Politiker der Linkspartei dieser antikommunistischen Kampagne.

DKP und SDAJ haben die Linkspartei bei zurückliegenden Wahlen mit Wahlempfehlungen, Kandidaten usw. unterstützt, weil sie es als ihre Pflicht sahen und sehen, im Interesse der gesamten Linken die Kräfte gegen Sozialabbau, Kriegspolitik und Demokratieabbau zu bündeln. Diese Wahlbündnisse schließen die Bereitschaft ein, unterschiedliche Standpunkte zu akzeptieren bzw. in eine solidarische Diskussion zu treten. An diesem Herangehen hält die SDAJ auch in Zukunft fest.

Wenn Politiker von CDU bis Grüne sich über die Unterdrückung oppositioneller Kräfte in der DDR ereifern, während die Kommunistische Partei Deutschlands in der BRD seit über 50 Jahren verboten ist, ist das mehr als heuchlerisch. Einfach nur zum Kotzen ist es, wenn die gleichen Politiker und Medien im Chor die „Mauer“ verurteilen, während an den Grenzen der EU mit Hilfe der Bundespolizei Flüchtlinge verrecken, weil ihnen der Zutritt zur „Festung Europa“ verweigert wird.

Wie das KPD-Verbot 1956 zeigt auch die jetzige antikommunistische Hexenjagd, dass Antikommunismus sich gegen ALLE fortschrittlichen und demokratischen Kräfte richtet. Damals nutzte die Adenauer-Regierung das KPD-Verbot dazu, die gesamte Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu kriminalisieren. Heute dienen Angriffe gegen Kommunisten dazu, die Formierung von Kräften zu erschweren, die gesellschaftliche Realitäten beim Namen nennen, die laut und öffentlich sagen, was die Grundlage ist für ... Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst, ... Ausweitung von Billig-Jobs auf Hartz IV-Niveau, ... Ausbildungsplatzmangel, ... Einsätze der Bundeswehr bei der jüngsten NATO-Sicherheitskonferenz, ... Käfig-Verwahrung von Demonstranten am Rande des G8-Gipfels 2007, ... Kriegseinsätze in Afghanistan ... und ungehindertes Agieren der neofaschistischen NPD: KAPITALISMUS.

Ausdrücklich unterstützt die SDAJ Christel Wegners Aussage in der PANORAMA-Sendung, dass es notwendig sei, revolutionäre Errungenschaften in einer Gesellschaft auch durch Sicherheitsorgane zu schützen. Der faschistische Putsch Pinochets gegen die fortschrittliche Allende-Regierung in Chile 1973 oder der misslungene Putsch gegen die bolivarianische Regierung Venezuelas 2002 bestätigen diese Einschätzung. Diese Beispiele zeigen auch, dass die Entscheidung darüber, ob Sicherheitsorgane notwendig sind oder nicht, in den Händen der Kräfte liegen, gegen die revolutionäre Errungenschaften durchgesetzt wurden - ob SIE also bereit sind, den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu akzeptieren.

Dass Vertreter der Bundesregierung diesen Standpunkt nicht

akzeptieren wollen, weil sie selbst den Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung ignorieren, wenn sie Sozialabbau und Kriegseinsätze umsetzen, ist für uns absolut nachvollziehbar. Dementsprechend fehlt es uns auch an Motivation, diese Herrschaften von unserem Standpunkt zu überzeugen. Wenn wir für diesen Standpunkt jedoch von fortschrittlichen und demokratischen Kräften kritisiert werden, stellen wir uns gerne der Diskussion. Denn das sehen wir als einen weiteren Schritt, um die Reihen im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichter, Sozialräuber und Kriegstreiber in den Parlamenten und Chefetagen fester zusammenzuschließen.

* frei nach Thomas Mann: „Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend [SDAJ] | Hoffnungstrasse
18 | 45127 Essen | presse@sdaj-online.de | www.sdaj-online.de

V.i.S.d.P.: M. Grüß, Hoffnungstr. 16, Essen